



Fotos v.l.: Christian Kiel; www.fotolia.de, © llll187

Lateinamerika jenseits von Fidel Castro und Che Guevara denken!

von Niels Annen



Für die deutsche Politik bleibt Lateinamerika ein Kontinent, der die Tagespolitik jenseits der EU-Lateinamerika-Gipfel nur am Rande berührt und dennoch stets starke Emotionen weckt. Die politische Ikonographie der Linken wird bis heute von Fidel Castro und Che Guevara bestimmt – eine Tatsache, die bei Rechten und Konservativen immer noch zu einer reflexartigen Abwehrhaltung führt. Dies mag auch daran liegen, dass die innerlateinamerikanischen Debatten um die Aufarbeitung der ungezählten Opfer der Militärdiktaturen auch hierzulande unbequeme Fragen aufwerfen.

Vieles in der deutschen Beschäftigung mit Lateinamerika ist noch immer von innenpolitischer Symbolpolitik geprägt. Zuletzt war dies an der fast schon skurilen Auseinandersetzung zwischen Außenminister Frank-Walter Steinmeier und der Kanzlerin um die Frage der Aufhebung politischer Sanktionen der EU gegenüber Kuba zu beobachten. Die Tatsache, dass eine solche Entscheidung in Deutschland noch immer an den Rand einer innenpolitischen Krise führen kann, zeigt, wie emotionsbehaftet das Thema Kuba hier noch ist. Für Kuba und die Menschen dort ist die Aufhebung dieser Maßnahmen jedoch sehr real und geht über reine Symbolik weit hinaus.

» Die Gleichgültigkeit der westlichen Politik gegenüber Lateinamerika ist ein schwerer Fehler. Denn in den zurückliegenden Jahren hat sich Entscheidendes in der Region getan. Nicht zuletzt werden mit Ausnahme Kubas inzwischen alle Staaten der Region von demokratisch-pluralistischen gewählten Regierungen geführt. Gern wird von einem „Linksruck“ in Lateinamerika gesprochen. Die Wirklichkeit sieht jedoch sehr viel komplizierter aus. Auf der einen Seite stehen die liberalen Demokratien wie etwa Costa Rica, auf der anderen jene Länder, die von der so genannten „Neuen Linken“ regiert werden. Dazu gehören unter anderem Venezuela, Bolivien und Ecuador. Lediglich Kolumbien und Mexiko werden noch von konservativen Regierungen geführt. Aber auch bei dieser Neuen Linken kann nicht von einer homogenen Gruppe die Rede sein. Hinter dieser Bezeichnung verbergen sich äußerst unterschiedliche und programmatisch heterogene Gruppierungen. Sie variieren stark in ihrer Programmatik, ideologischen Ausrichtung und gesellschaftlichen Verankerung.

Gemeinsam ist ihnen jedoch eine globalisierungs- und liberalisierungskritische Grundhaltung. Denn nirgendwo auf der Welt ist Besitz so ungleich verteilt und klafft die Schere zwischen Arm und Reich so stark auseinander wie auf dem Subkontinent. 48 Prozent des Vermögens ist in den Händen der reichsten zehn Prozent der Bevölkerung. Die Armutsquote liegt bei 40 Prozent. Die neoliberale Logik, die in den Staaten Lateinamerikas teilweise durch Militärdiktaturen (wie z.B. in Chile) durchgesetzt oder ihnen durch den Druck von IWF und Weltbank aufgezwungen wurden, haben die Akzeptanz der herrschenden Eliten nachhaltig unterminiert. Die Reaktion der Bevölkerungsmehrheit hat in vielen Ländern die traditionelle politische Landschaft grundlegend erschüttert – zuletzt in Paraguay. Dies zeigt: Die Ära der ungebremsten marktradikalen Reformen ist in Lateinamerika an ihr Ende gelangt.

» In Europa wird jedoch nicht ausreichend erkannt, dass damit auch eine Abkehr von institutionellen Regeln und die Verlagerung der demokratischen Prozesse in Bereiche außerhalb des traditionellen politischen Institutionengefüges einhergehen. Denn die Kooperation mit Lateinamerika ist sinnvoller und wichtiger denn je. Auch wenn Lateinamerika immer wieder von Krisen geschüttelt wird, so gibt es doch mehrere positive Entwicklungen, die hervorgehoben werden sollen:

- 1) Die Region ist praktisch frei von Massenvernichtungswaffen. Sie ist die erste nuklearwaffenfreie Zone der Welt. Zudem gibt es dort weder biologische noch chemische Waffen. Die meisten Staaten haben Abrüstungs- und Nichtverbreitungsverträge unterzeichnet. Brasilien hat seine Ambitionen, ein Nuklearwaffenstaat zu werden, 1994 offiziell ad acta gelegt. Die Nutzung – und inzwischen sogar die Ausweitung – der Kernkraft zur Stromerzeugung erlebt jedoch momentan ein neues Hoch.
- 2) Lateinamerika ist auch die einzige Region der Welt, die nach dem 11. September 2001 von Anschlägen durch den internationalen Terrorismus verschont geblieben ist. Zwar gibt es Spekulationen über Aktivitäten islamistischer Terrorgruppen im nur schwer zu kontrollierenden Urwaldgebiet des Dreiländerecks zwischen Argentinien, Brasilien und Paraguay. Einschlägige Beweise hierfür gibt es jedoch nicht.
- 3) Seit der Beilegung des zentralamerikanischen Konfliktes ist der Subkontinent als Friedenszone einzustufen, die eine geringe Konflikktivität aufweist. Zwischenstaatliche kriegerische Auseinandersetzungen hat es seitdem nicht mehr gegeben – auch wenn sich das Säbelschneiden zwischen Kolumbien, Ecuador und Venezuela im März 2008 kurzfristig besorgniserregend darstellte, ehe es durch die Vermittlung der OAS beendet werden konnte.

- 4) Ein weiterer zentraler Punkt ist die regionale Integration des Subkontinents. Die EU dient, trotz aller aktuellen Schwierigkeiten, den LateinamerikanerInnen als Erfolgsmodell. Das europäische Wirtschafts- und Sozialmodell mit seiner Idee von Chancengleichheit und Solidarität übt ungebrochene Anziehungskraft zur Überwindung struktureller Asymmetrien in Lateinamerika aus.

» Wer heute jedoch mit lateinamerikanischen PolitikerInnen spricht, kann feststellen, dass dort eine große Enttäuschung über die Entwicklung der Beziehungen zu Europa herrscht. Dabei sollten wir nicht vergessen, dass wir EuropäerInnen selbst ein handfestes Interesse an einer engen Partnerschaft und Kooperation haben müssen. Nicht nur weil das Potential der wirtschaftlichen Beziehungen längst noch nicht ausgeschöpft ist, sondern vor allem, weil in Lateinamerika zentrale Ressourcen für die Zukunft unseres Planeten liegen. Dies gilt vor allem für die Frage der Biodiversität und der Wasserressourcen. Die EU muss sich vorhalten lassen, von einer erfolgreichen Regionalpolitik meilenweit entfernt zu sein. Uneinigkeiten im Umgang mit Ländern wie Kuba oder Venezuela sind dabei nur der vordergründige Aufhänger.

» Für die Sozialdemokratie ist die Zusammenarbeit mit Lateinamerika eine besondere Herausforderung, weil sich die Parteienlandschaft in den letzten Jahren dramatisch verändert hat. Viele der klassischen lateinamerikanischen Mitglieder der Sozialistischen Internationale (SI), die unter der Präsidentschaft von Willy Brandt in den 1980er Jahren beigetreten waren, sind geschwächt oder wurden ganz von der politischen Bühne gefegt. Es entstanden neue Parteien und Bewegungen wie die PT in Brasilien oder die Mas (Movimiento al Socialismo) in Bolivien. Trotzdem ist und bleibt die Unterstützung und Beratung von Parteien und Bewegungen der neuen und alten Linken, d.h. der sog. „Progressiven Parteien“ ein wesentlicher Bestandteil der Demokratieför-

derung durch Sozialdemokratie und Friedrich-Ebert-Stiftung in Lateinamerika. Die SI wäre deshalb gut beraten, hier pragmatisch zu agieren und sich nicht von der Frage der formalen Mitgliedschaft in ihrer Lateinamerikapolitik leiten zu lassen.

» Wir müssen das Bedürfnis der lateinamerikanischen PartnerInnen ernst nehmen, in Europa neben Spanien und Portugal auch andere AnsprechpartnerInnen zu haben. Deutschland kann einer dieser AnsprechpartnerInnen sein, da wir in Lateinamerika in ein hohes Vertrauen genießen. Der Subkontinent sollte auf der politischen Agenda der Bundesrepublik zukünftig eine wichtigere Rolle spielen. Denn wenn die ungebremste Marktlogik von den Menschen nicht mehr akzeptiert wird, dann müssen wir gemeinsam nach alternativen Lösungen suchen. Der globalisierte Kapitalismus bedarf eines internationalen Regelwerks.

Lateinamerika bietet sich als Partner für eine solche Politik an. Dies gilt insbesondere auch in Hinblick darauf, dass jenseits des Pazifiks mit China und Indien zwei attraktive HandelspartnerInnen auftreten, die beispielsweise die Einhaltung von Sozialstandards nicht einfordern. ■

☞ Niels Annen ist Mitglied des Auswärtigen Ausschusses im Deutschen Bundestag und Herausgeber der spw.